



Grünliberale Partei Schweiz

## Medienmitteilung

<b>Thema</b>	<b>Volksinitiative „Energie- statt Mehrwertsteuer“</b>
Für Rückfragen	Verena Diener, Ständerätin glp ZH, Tel. +41 79 331 08 39 Markus Stadler, Ständerat glp UR, Tel. +41 79 337 12 16
Absender	Grünliberale Partei Schweiz, Laupenstrasse 2, 3008 Bern Tel +41 31 322 60 57, E-Mail <a href="mailto:schweiz@grunliberale.ch">schweiz@grunliberale.ch</a> , <a href="http://www.grunliberale.ch">www.grunliberale.ch</a>
Datum	17. Juni 2014

### Ständerat verpasst wichtige Weichenstellung bei der Energie- und Klimapolitik

Die Grünliberalen bedauern, dass der Ständerat die Volksinitiative „Energie- statt Mehrwertsteuer“ ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung empfiehlt und es damit unverständlicherweise verpasst, ein klares Signal für ein Energielenkungssystem abzugeben. Für die Grünliberalen steht ausser Frage, dass es für die Energiewende den Wechsel weg von Subventionen hin zu einem umfassenden marktwirtschaftlichen Anreizsystem braucht. Nur so werden wir der liberalen Wirtschaftsordnung der Schweiz gerecht. Will das Parlament den beschlossenen Atomausstieg klima- und wirtschaftsfreundlich umsetzen, wäre es deshalb gut beraten, entweder der Initiative „Energie- statt Mehrwertsteuer“ zuzustimmen oder einen griffigen direkten oder indirekten Gegenvorschlag zu entwickeln. Nach dieser Entscheidung des Ständerats ist die Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie des Nationalrats (UREK-N) gefordert, die als nächstes über die Volksinitiative und einen möglichen Gegenvorschlag berät. Dabei sind sowohl die Parteien der Atomausstiegskoalition wie auch die FDP gefordert, ihren ökologischen Bekenntnissen endlich auch ökologische Taten folgen zu lassen.

Verena Diener: "Unsere zögerliche Energie- und Ressourcenpolitik wird bei unseren Nachkommen auf Unverständnis stossen. Mit der Initiative „Energie- statt Mehrwertsteuer“ lässt sich das notwendige Ziel der CO<sub>2</sub>-Reduktion ebenso erreichen wie die angestrebte Energiewende."

Markus Stadler: „Die bundesrätliche Strategie beruht in ihrer ersten Etappe allzu stark auf Förderbeiträgen und ist generell zu zögerlich angesetzt. Für Energiesparen und -effizienz besteht nach wie vor wenig Anreiz. Nun liegt eine konkrete Volksinitiative vor und das Parlament kann sich fragen, ob es Nägel mit Köpfen machen oder vage Zukunftsvertröstungen abgeben will. Die Haltung „grundsätzlich schon, aber nicht jetzt und jedenfalls nicht so“ hat in Bezug auf eine ökologische Steuerreform Tradition. Diese würde bei einer Ablehnung der Initiative ohne Gegenvorschlag weitergeführt.“